



Nr. 208.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungswelle: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 5 —
Reklamen Nr. 15 — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% —
— Bezahlpr. 9.

Donnerstag, den 7. September 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten Nr. 210.— vierteljährlich. Postbezugs-
preis Nr. 210.— mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Privatvertrag zwischen dem Großindustriellen Stinnes als Vertreter eines großen rheinischen Wirtschaftskongresses und dem Leiter der französischen Materialbeschaffungskommission für den Wiederaufbau Frankreichs scheint in Berlin günstig beurteilt zu werden. Der Leiter des deutschen Wiederaufbauministeriums, Staatssekretär Müller, wies darauf hin, daß der Vertrag geeignet sei, zur politischen Entgiftung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beizutragen. Der Vertrag bewege sich in der Linie der von der deutschen Regierung verfolgten Erfüllungspolitik, zum Zwecke der Heilung der Wunden Europas. Auch auf französischer Seite werden anscheinend dem Vertrag keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen, obwohl man sich nicht sehr beeilt, ihm zuzustimmen. Es ist natürlich auch nicht angehen, Handlungen nachträglich gutzuheißen, gegen die man sich seit Jahren gewehrt hat.

Auch die deutsch-belgischen Verhandlungen über die von Belgien verlangten Sicherheiten bezüglich der deutschen Schatzwechsel werden günstig beurteilt. Der belgische Vertreter Demelman hat erklärt, daß Belgien hoffe, positive Garantien zu erhalten, ohne den deutschen Goldschatz in Anspruch nehmen zu müssen. Von deutscher Seite sollen positive Vorschläge gemacht werden, um bald zu einem annehmbaren Ergebnis zu gelangen.

Uebrigens scheinen jetzt die Vorbedingungen gegeben zu sein, das gesamte Reparationsproblem einer endgültigen Regelung zuzuführen. Es wird aus Paris gemeldet, daß nach vor dem 1. November eine Konferenz sämtlicher alliierter Staaten stattfinden soll, die über die Reparationsfrage im Zusammenhang mit den Kriegsschulden der Alliierten beraten soll.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über eine Regelung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen haben gestern begonnen. Auf deutscher Seite ist das Bestreben vorhanden, zu einem normalen nachbarlichen Verhältnis zu Polen zu gelangen.

Die Türken scheinen unaushaltbar gegen Smyrna vorzugehen, und damit die griechische Operationsbasis zu bedrohen. Es scheint, daß damit das griechische Abenteuer in Kleinasien, das infolge der Aufsummerung durch die Entente begonnen worden war, einem unheilvollen Ende entgegengeht, denn die Alliierten wollen die Ansprüche der Griechen auf Smyrna nicht mehr vertreten.

Die Reparationsfrage.

Die deutsch-belgischen Besprechungen in Berlin.

Optimistische Auffassung des belgischen Vertreters.
Paris, 6. Sept. Demelman gab dem Berliner Berichterstatter der Agence Havas folgende Erklärung ab über den Verlauf des ersten Tages der Verhandlungen zwischen den beiden belgischen Delegierten und der deutschen Reichsregierung: Die heutige Besprechung hatte nur vorbereitenden Charakter. Morgen vormittag um 10 Uhr werden wir uns beim Reichsfinanzminister einfinden, um zu hören, wie die Vorschläge der deutschen Regierung lauten. Ich habe die Ueberszeugung, daß die deutsche Regierung uns ernsthaft und genügende Sicherheiten bieten kann, die uns davon entbinden werden, die Goldreserve der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, ein Mittel, zu dem wir nur bei äußerster Notwendigkeit unsere Zuflucht nehmen würden. Wenn man dennoch diese Reserve angreifen müßte, so würde es sich nur um einen äußerst geringen Betrag handeln. Ich bin daher optimistisch und glaube, daß die Verhandlungen sehr rasch fortgeschritten werden. Ich rechne damit, daß wir am Sonnabend nachmittag wieder abreisen können.

Optimismus auch auf deutscher Seite.

Berlin, 6. Sept. Beim heutigen Vormittagsbesuch beim Reichskanzler waren die belgischen Delegierten Delacroix und Demelman von dem belgischen Gesandten und dem Brüsseler Bankier Philippson begleitet. Die Herren begaben sich nachher zum Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Man ist überzeugt, daß sich die Verhandlungen in rein geschäftlicher und förderlicher Richtung vollziehen werden. Von deutscher Seite ist man bereit, durch positive Vorschläge den Vertretern Belgiens die Auffindung eines Wegs zu einem tatsächlichen Ergebnis der Verhandlungen zu erleichtern.

Ankunft der belgischen Delegierten in Berlin.

Berlin, 6. Sept. Laut „B. Z. am Mittag“ wurden die drei gestern hier eingetroffenen belgischen Delegierten Delacroix, Demelman und Philippson heute Vormittag vom Reichskanzler empfangen. Nach der Aussprache mit Dr. Wirth werden sie die Verhandlungen mit dem Finanzminister Dr. Hermes aufnehmen

und sich von da aus zum belgischen Gesandten begeben. Nachmittags beginnen die Einzelberatungen mit dem Staatssekretär Bergmann und Staatssekretär Schröder.

Staatssekretär Müller über den Stinnesvertrag.

Berlin, 7. Sept. Der Leiter des Wiederaufbauministeriums, Staatssekretär Müller, erklärte einem Mitarbeiter des „Tagblatt“ über den von Hugo Stinnes abgeschlossenen Wiederaufbauprivatvertrag, daß der Abschluß dieses Privatvertrages zu begrüßen sei. Die Reichsregierung könne den Vertrag, der zur politischen Entgiftung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beitragen werde, im allgemeinen nur in günstigem Sinne beurteilen. Siege er doch in der Linie der von jeder von der deutschen Regierung betriebenen Erfüllungspolitik und sei dazu geeignet, wie Rathenau einmal gesagt hat, die Wunden am Körper Europas zu heilen. Der Vertrag bedarf noch insofern der Zustimmung der deutschen Regierung, als diese feststellen muß, ob das Abkommen den Bestimmungen des Wiesbadener, des Demelman'schen und des Gillet-Vertrages entspricht.

Unentwegte französische Expansionspolitik.

Paris, 6. Sept. Senator Lucien Hubert, Berichterstatter für das Budget der auswärtigen Angelegenheiten, hat eine Interpellation über die Anwendung einer wirksamen Reparationspolitik im Ruhrgebiet eingebracht.

Eine Konferenz zur endgültigen (?) Regelung des Reparationsproblems.

London, 6. Sept. Der politische Berichterstatter des „Evening Standard“ zufolge verlautet, daß eine interalliierte Konferenz über die gesamte Frage der Reparationen und interalliierten Schulden zu einem Zeitpunkt vor dem 1. November vereinbart werden werde.

Der übliche amerikanische Humbug.

London, 5. Sept. Oberst House erklärte in einer Unterredung mit einem Sonderberichterstatter der „Times“, er begrüße den Deutschland gewährten Zahlungsausschub als einen Schritt in der guten Richtung und hoffe, daß vor Beendigung des Zeitraums etwas getan werde, um die gesamte Lage auf eine endgültige und dauernde Grundlage zu stellen. Eine kleine Anleihe an Deutschland würde die tatsächliche Krise nur aufschieben. Die Reparationssumme müsse festgesetzt und die Zahlungsbedingungen endgültig geregelt werden. Dergleichen müsse Vorbehalte für die Wiederherstellung der deutschen Finanzen und die Stabilisierung der deutschen Mark getroffen werden. Bevor dies getan werden könne, müsse Frankreich eine Art von Garantie gegen einen ungerechtfertigten deutschen Angriff erhalten, die auch die Deutschen selbst — wenigstens die weiterblickenden unter ihnen — gern gewähren würden. Dies würde die Wiederherstellung möglich machen und auch weniger Argwohn in Frankreich verursachen. Die einzige Weise, in der dies getan werden könne, sei die Verwendung des Völkerbunds. Oberst House warnte vor einem unangemessenen Optimismus, soweit die amerikanische Mitwirkung in Frage komme. Die Garantien gegenüber Frankreich gegen einen ungerechtfertigten deutschen Angriff müßten ohne Verächtlichmachung Amerikas gewährt werden, wenigstens für den Augenblick. Oberst House sagte, er sei sicher, daß Amerika eines Tages seinen Anteil an den Lasten der Nationen übernehmen werde. Es beständen jedoch im Augenblick politische Hindernisse, die die amerikanische Regierung für genügend zu erachten scheine, um sie daran zu verhindern, diesen Schritt zu tun. Wenn Amerika eintrete, so könne es sein, daß es nicht als alliierte, sondern als assoziierte Macht eintrete in derselben Weise, wie es in den Krieg eingetreten sei. — Ob uns Amerika als alliierte (verbündete) oder assoziierte (beteiligte) Macht den letzten Schlag versetzt hat, ist nach deutschen Begriffen einerlei. Wir sehen aus der dauernden Verschleppungspolitik der amerikanischen Staatsmänner, daß ihnen auch der wirtschaftliche Ruin Deutschlands angenehm ist.

Die Entschliebung des englischen Gewerkschaftskongresses gegen die Wahnsinnspolitik der Entente.

London, 6. Sept. In der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Southport wurde eine von dem Arbeiterführer Thomas eingebrachte Entschliebung angenommen, worin es bezüglich der Reparationsfrage heißt: Die Konferenz, auf der über 5 Millionen organisierte britische Arbeiter vertreten sind, erkennt an, daß die Entscheidung der Reparationskommission für das deutsche Volk einen zeitweiligen Ausschub der unermöglichten Lasten gesichert hat, die ihm von den alliierten Regierungen auferlegt wurden. Die Konferenz hofft, daß diese Krise dazu gedient haben wird, die dringende Notwendigkeit einer sofortigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems nachdrücklich vor Augen zu führen. — In der Entschliebung wird dem Plan der internationalen Arbeit zur Wiederherstellung der ver-

wüsteten Gebiete erneut zugestimmt und erklärt, daß kein Plan zur Wiederherstellung Europas möglich sei, wenn nicht die Befehung der Rheinlande und die Politik der Gewalt aufgegeben würde. Es müßten eine angemessene Frist und Erleichterungen für die Zahlungen gewährt werden. Die deutsche Industrie dürfe nicht erdroffelt werden, wenn Frankreich und Belgien wiederhergestellt werden sollten. — Die Arbeitslosigkeit behandelnd, erklärte Thomas, alle müßten anerkennen, daß die anderen Fragen damit verglichen durchaus bedeutungslos seien. Keine Frage stehe in so engem Zusammenhang mit dem Arbeitslosenproblem wie die der internationalen Schwierigkeiten. Er führte aus: Unsere Erklärung hat bewiesen, daß im gegenwärtigen Augenblick nicht Deutschland (?), sondern der britische Arbeiter bezahlt.

Englische Finanzhilfe für Oesterreich?

London, 6. Sept. „Daily Express“ zufolge hat in London eine Gruppe großer Banken über die Gewährung finanzieller Unterstützung an Oesterreich verhandelt. Mit Zustimmung der Reparationskommission soll eine Summe von 20 bis 30 Millionen Pfund Sterling angeboten werden, die durch die österreichischen Ausfuhrerträge zu sichern wäre und ein fünfjähriges Moratorium zur Voraussetzung hätte.

Die Völkerbundsversammlung.

Am die Befehung des Präsidiums.

Genf, 6. Sept. Das Sekretariat der peruanischen Delegation erklärte in einem Briefe an das „Journal de Geneve“, daß es Peru unmöglich sei, der Ernennung eines Präsidenten zuzustimmen, der der Delegation Chiles angehört, da zwischen Chile und Peru noch ein ungelöster Streitfall bestehe. In dem Schreiben heißt es u. a.: Frankreich lehnt trotz seiner Größe und seines Edelmutts (?) Deutschlands Zulassung zum Völkerbund ab. Wie kann man sich dann über unsere Haltung wundern angesichts eines Staats wie Chile, zu dem wir keine diplomatischen Beziehungen haben und von dem wir immer noch die Wiederherstellung für das durch einen Eroberungsrieg entrisene Gebiet erwarten? — Der „Völkerbund“ scheint noch nicht sobald eine organische Einheit werden zu wollen.

Genf, 6. Sept. Die Völkerbundsversammlung wählte heute Vormittag folgende Mitglieder zu Vizepräsidenten: Balfour-England, Hanotaux-Frankreich, Gomez-Portugal, Branting-Schweden, Gimeno-Spanien, Mintchitsch-Jugoslawien. Der Wahl waren langwierige Besprechungen zwischen den einzelnen Abordnungen vorausgegangen, die durch die Gegensätze innerhalb der Staatsmänner besonders erschwert waren.

Der Völkerbundspräsident über den Wert des Völkerbunds.

Der Einfluß des Völkerbunds schwach.

Genf, 6. Sept. Der Präsident der Völkerbundsversammlung erklärte Pressevertretern gegenüber, daß der politische Einfluß des Völkerbunds noch schwach sei und daß es ein Irrtum wäre, von ihm mehr zu verlangen als er geben könne. Wenn man seinen Einfluß stärken wolle, sollte man kein Land zwingen, eine Entscheidung gegen seinen Willen anzunehmen, aber auch kein Land seinem Schicksal überlassen.

Der österreichische Bundeskanzler über die furchtbare Lage seines Landes.

Genf, 7. Sept. Im Anfang seiner Rede im Völkerbundsrat betonte Bundeskanzler Dr. Seipel, daß es zweifellos zu den Aufgaben des Völkerbunds gehöre, ein so ungeheures Unglück zu verhindern, wie es der Zusammenbruch Oesterreichs wäre. Das Ausland sei sich nicht darüber klar, ob Oesterreich überhaupt lebensfähig sei oder nicht Oesterreich, so wie es durch den Vertrag von Saint Germain geschaffen und seinem Schicksal überlassen wurde, sei nicht lebensfähig und könne es nicht sein. Es bedürfe der Garantie aller oder einiger Mächte, damit Oesterreich die notwendigen Kredite erhalte. Diese Kredite sollten dazu dienen, den weiteren Zerfall der österreichischen Währung aufzuhalten. Für ihre Beteiligung an der wirtschaftlichen Wiedererweckung Oesterreichs sei eine Kontrolle der Mächte über die Verwendung der Kredite unvermeidlich. Sie dürfe aber nicht die Souveränität Oesterreichs beeinträchtigen. Der Verlust politischer Freiheit selbst bei äußerem Schein von Souveränität sei viel demütigender als der sofortige Verzicht auf Unabhängigkeit und der Anschluß an ein großes Ganzes. Dann würde Oesterreich wenigstens an der Souveränität eines großen Volkes teilnehmen.

Der bulgarische Vertreter für den Schutz der Minderheiten.

Genf, 6. Sept. Die Völkerbundsversammlung hörte heute Vormittag zum erstenmal die Rede eines Vertreters Bulgariens, das auf der vorigen Versammlung in den Bund aufgenommen

Volkerite
as feuchte
en reichen
ngelt auch
ie Wein-
bringend
ge der zu
bemerkbar.
am Vieh-
len, 250
ber, 468
Schweine.
00-7000,
ngriader
4900 bis
00-8600,
3 400, 2.
rties bet
lebt.
ahrmarkt
3 Jung-
eine zu
5 000 A,
1 Jahr
Misch-
b f v e r
men und
merpreis-
oben, und
n Verbeser-
ntw.
Salw
H.
2 Uhr,
3 unsere
lung
orstandes.
rtigung.
strates.
im Vor-
Breuer.
rk
pibr.
den
n.
ren-
haaf.
r
ung bet
Calw.
e junge
mer
liche 195

poden ist. Der bulgarische Delegierte Radew sprach dem Völkerbund das Vertrauen seines Landes und die Hoffnung aus, daß der Bund seine Grundzüge vor allem in der Minderheitenfrage verwirklichen werde. Er begründete die gestrigen Ausführungen von Professor Murray-Südafrika, der eine Debatte im Plenum über alle Minderheitenfragen verlangte.

Die Verschleppungspolitik des Völkerbundsrats in der östereichischen Frage.

Genf, 6. Sept. Nach Entgegennahme der Erklärungen des Bundeskanzlers Seipel in einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats richteten die Mitglieder des Rats in geheimer Sitzung an den Bundeskanzler und den Außenminister Grünberger verschiedene Fragen, worauf sich der Rat über das einzuschlagende Untersuchungsverfahren einigte. Er sagte zu, daß das Problem sowohl unter politischen wie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geprüft werden solle, auch im Hinblick auf die innere Ordnung in Oesterreich. Zu diesem Zweck wurde, wie bereits angekündigt, ein Ausschuß gebildet, dem ein Vertreter Oesterreichs, Englands und Frankreichs, sowie Italiens und der Tschechoslowakei angehören. Dieser Ausschuß soll verpflichtet sein, auch Vertreter anderer Staaten zu hören, soweit sie an der zu behandelnden Frage interessiert sind. Außerdem stehen dem Ausschuß die Völkerbundsorganisationen, sowie die wirtschaftlichen, finanziellen und juristischen Sachverständigen zur Verfügung. Der Ausschuß wird seine erste Sitzung am Freitag abhalten.

Der Kampf des Saargebietes gegen die Annektionspolitik der Franzosen.

Genf, 5. Sept. Nachdem bereits in der vorigen Woche 3 Vertreter der Saarbevölkerung zwecks Fühlungnahme mit dem Völkerbundsrat in Genf gewelt hatten, traf heute morgen eine größere Abordnung der politischen Parteien des Landesrats hier ein, um mit Mitgliedern der Versammlung Fühlung zu nehmen und zwar zunächst Dr. Scheuer (Dem.), Richard Becker (Z.), Lebacher (Z.), Dr. v. Bopelius und Kommerzienrat Köchling (D. V. P.). Andere Delegierte werden noch erwartet.

Zur auswärtigen Lage.

Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Dresden, 6. Sept. Gestern trafen hier der Vorsitzende der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Ministerialdirektor v. Stockhammer, und der Vorsitzende der polnischen Delegation, Minister v. Olchowski, ein. Beide hatten alsbald nach ihrer Ankunft eine Besprechung über das Programm der Arbeiten, die heute begannen.

Berlin, 4. Sept. (Wolff.) Der „Tag“ veröffentlicht ein Gespräch über die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden, das Ministerialdirektor v. Stockhammer einem Mitarbeiter des Blattes gewährte: „Über die Wichtigkeit der demnächst beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen und über den Geist, in dem die polnische Regierung an sie herantritt, wird Ihnen Ihr Gespräch mit dem Gesandten v. Madehski Aufschluß gegeben haben. Ich kann mich den Ausführungen v. Madehskis nur anschließen. Die deutsche Regierung tritt in diese Verhandlungen mit der festen Absicht ein, die zahlreichen Fragen, die der Friedensvertrag für unser Verhältnis zu Polen schuf, der Lösung zuzuführen und eine Grundlage für nachbarliche Beziehungen zu finden, wie sie durch die Länge der deutsch-polnischen Grenze, der Verflochtenheit der wirtschaftlichen Beziehungen sowie durch den Aufenthalt von so zahlreichen Deutschen im Gebiete Polens vor sich gegeben sind. Da es der deutschen Regierung gelang, mit fast allen Staaten — ich nenne hier nur die Tschechoslowakei und Estland — zu einer solchen Regelung zu gelangen, gibt sie sich der Hoffnung hin, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit Polen ein gleiches sein wird. Eine gewisse Stütze findet diese Hoffnung in der Tatsache, daß die Vorbesprechungen im Juli 1922 den beiderseitigen guten Willen deutlich erkennen ließen und daß dieser Wille in dem Vorabkommen Ausdruck fand, das über die Regelung der formellen Fragen hinaus auch schon eine materielle Vereinbarung brachte. Wie Ihnen bekannt ist, vereinbarten Deutschland und Polen, um ihren guten Willen zu bekunden, daß Deutschland dem polnischen Staat in Bezug auf die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen dieselbe Behandlung zuteil werden lassen will, die es anderen vorkriegswichtigen Ländern angedeihen läßt. Die polnische Regierung erklärte sich ihrerseits bereit, Deutschland freie Durchfuhr durch Polen nach Rußland zu gewähren. Sie werden es mir erlauben, auf die einzelnen Verhandlungsgegenstände des Näheren einzugehen; allein schon die Aufzählung der Programmpunkte würde einen beträchtlichen Raum füllen. Es genügt die allgemeine Bemerkung, daß die Verhandlungen die Sicherung der Rechtsverhältnisse der in Polen lebenden Deutschen auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Erledigung zahlreicher, schwebender finanzieller Fragen bez. den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages zum Ziel haben. Wie sie weiter gehet haben werden, sollen die Verhandlungen am 6. September in Dresden beginnen. Die Verhandlungspunkte sind zunächst: der Transit nach Rußland, Regelung der Herausgabe von Akten und Archiven, die Frage der Kriegskosten. Am 20. ds. Mts. tritt dann die juristische Kommission zusammen, zu deren Beratungsgegenständen eine Reihe von wichtigen Fragen, wie z. B. betr. Artikel 297, 256 des Friedensvertrages gehören, bei denen Fragen aus den verschiedenen Rechtsgebieten einer Regelung zuzuführen sein werden. Unter diesen Umständen wage ich nicht eine Prophezeiung über die Dauer der Verhandlungen abzugeben, die sich zweifellos trotz allem guten Willen der beiderseitigen Unterhändler über eine Reihe von Monaten erstrecken werden.“

Deutscher Protest gegen die neuen polnischen Grenzregulierungsforderungen.

Breslau, 5. Sept. Der deutsche Vertreter bei der Grenzkommission für die Festlegung der neuen ostsüdlichen Grenze überreichte heute dem Präsidenten der Grenzkommission eine Note folgenden Inhalts: Die deutsche Regierung vermag sich der Auffassung der Grenzkommission nicht anzuschließen, welche dahin geht, daß die Demarkationslinie im ostsüdlichen Industriegebiet nur eine Richtlinie für die endgültige Grenzfestlegung darstelle und daß noch wesentliche Änderungen zulässig sind, da diese Auffassung weder mit dem Fei-

densvertrag noch der Genfer Entscheidung vereinbar ist. Die Einzelsetzung ist im letzten Frühjahr von der Grenzkommission in Form der Erreichung einer Demarkationslinie erfolgt. Da die Notifizierung der Grenze, welche den beiderseitigen Regierungen am 15. Juli 1922 durch die Plebiszitkommission zugegangen ist, sich auf diese Demarkationslinie stützt, ist diese also von den alliierten Hauptmächten als eine dem Artikel 4 entsprechende Festlegung der Grenzlinie anerkannt worden. Sie nachträglich, wie jetzt anscheinend von polnischer Seite beabsichtigt wird, noch in wesentlichen Teilen abzuändern, würde mit Artikel 4 der Genfer Entscheidung im Widerspruch stehen. Die zwischen Deutschland und Polen inzwischen geschlossenen Verträge über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 enthalten wesentliche Bedingungen über die von der neuen Grenze durchschnittenen Bergwerksfelder und Wirtschaftsgelände, ebenso über soziale Einrichtungen, die sämtlich auf die Zugehörigkeit der Bewohner der dem einen oder anderen Land durch die Demarkationslinie zugefallenen Gebiete basiert sind. Nach Auffassung der deutschen Regierung wären die Grundlagen aller dieser Verträge erschüttert, falls die Grenzkommission den polnischen Ansprüchen nachgeben sollte.

Danzigs Kampf gegen Polens Annektionspolitik.

Berlin, 5. Sept. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet aus Danzig, daß der Vizepräsident des Danziger Senats, Jelm, gegen die polnischen Ansetzungen, daß die Danziger Regierung sich von der Berliner Regierung in ihrer Politik Polen gegenüber beeinflussen lasse, öffentlich Stellung genommen und die Behauptung als Verleumdung bezeichnet hat, die offenbar dem Gedanken entspringe, Danzig in Mißkredit zu bringen bei den Stellen, die Danzig zu schützen berufen sind.

Vormarsch der Türken auf Smyrna.

London, 6. Sept. „Daily Mail“ schreibt, es stehe eine große Schlacht zwischen den Griechen und Türken in Kleinasien bevor, die über das Schicksal Smyrnas entscheiden werde. Die letzten in London eingetroffenen Berichte besagten, daß die Türken immer noch langsam vorrückten, daß die Griechen sich jedoch von der Demoralisation, die auf den großen türkischen Angriff folgte, erholt haben. Die griechischen Truppen hätten eine neue, stark besetzte Linie eingenommen. Es sei indessen zweifelhaft, ob sie den Fall Smyrnas verhindern könnten. Besatzung der Türken nach furchtbaren Kämpfen durch einen Bajonettangriff genommen worden.

Paris, 6. Sept. Wie die Agence Havas aus Athen meldet, wird dort die Nachricht, daß die griechische Regierung um Vermittlung der britischen Regierung zum Abschluß eines Waffenstillstands gebeten habe, dementiert. Außer der Darlegung der wirklichen militärischen Lage an die britische Regierung auf deren eigenen Wunsch habe die Athener Regierung keinerlei Schritte unternommen, weder in London noch anderswo.

Paris, 6. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Athen hat der französische Gesandte gestern aus Paris Instruktionen erhalten, mit den Alliierten-Gesandten einen Kollektivbescheid bei der griechischen Regierung bezüglich der Konferenz von Venedig zu unternehmen. Man betrachtet es als sicher, daß die griechische Regierung einwilligen wird, sich an der Konferenz zu beteiligen. Ihre Delegierten würden Gounaris und Stratos sein.

Adana, 7. Sept. Der türkische Vormarsch wird in allen Abschnitten fortgesetzt. Die griechische Niederlage tritt immer deutlicher zutage. Das Gerücht über den Fall von Madehit (das alte Philadelphia) bestärkt sich. Gleichzeitig wird die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in dem Bezirk Maaaber gemeldet. Die auf dem Rückzug befindlichen Griechen mußten die Stellungen auf dem Nordufer des Flusses aufgeben. Türkische Kolonnen sind bereits in der Nähe von Denizli eingetroffen, wo sie den Rückzug der griechischen Divisionen bedrohen, welche sich augenblicklich in der Gegend von Sakhly befinden. Hunderttausende von Griechen fliehen vor der türkischen Armee, verfolgt von türkischen Flugzeugen und Kavallerie.

Bermischtes.

Verlobung des Erbprinzen Wilhelm?

Berlin, 5. Sept. Nach einer New Yorker Meldung aus Berlin soll sich der ehemalige Kaiser in Doorn mit der Prinzessin Herminie zu Carolath-Beuthen, geb. Prinzessin Neuf ä. L. verlobt haben. Die öffentliche Bekanntgabe der Verlobung solle aus Pietätsgründen erst im Oktober stattfinden, und zwar nach dem Geburtstag der früheren Kaiserin. Wie der „Volksanzeiger“ an hiesiger unterrichteter Stelle hört, ist die Nachricht der amerikanischen Blätter nicht ganz von der Hand zu weisen. — Prinzessin Hermine ist, wie die „Frankf. Ztg.“ dazu meldet, die Witwe des Prinzen Johann Georg zu Carolath-Beuthen, der während des Krieges gestorben ist. Sie steht im 36. Lebensjahre und hat fünf Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren.

Zur Ermordung der beiden belgischen Soldaten.

Berlin, 7. Sept. Die Beisehung der beiden in Oberkassel ermordeten belgischen Soldaten hat gestern stattgefunden. Wie die Blätter melden, geht das Gerücht, und zwar auch unter dem belgischen Militär, daß der Mord von einem belgischen Soldaten verübt worden sei.

Ueberführung von Holz nach Breslau.

Breslau, 6. Sept. Der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Kommunistenführer Max Holz wurde aus der Strafanstalt Münster, wo er in den Hungerstreik eingetreten war, in das Breslauer Strafgefängnis übergeführt.

Besserung der Lebensverhältnisse in Rußland.

London, 6. Sept. Der aus Innerrußland zurückgekehrte Kontrolleur des amerikanischen Hilfswerkes erklärt, Rußland habe genügend Lebensmittel bis zur nächsten Ernte, wenn sie richtig verteilt würden. Das Eisenbahnwesen sei in der letzten Zeit sehr verbessert worden.

Sembat †

Chamonix, 6. Sept. Nach dem plötzlichen Tode ihres Gatten hat Frau Sembat sich gestern Nacht erschossen. — Sembat war gemäßigter Sozialist. Er trat im Herbst 1914 in das französische Ministerium als Arbeitsminister ein, hat sich dann aber von der Kriegspolitik der Poincaré- und Genossen zurückgezogen.

Die französische Ernte.

Paris, 5. Sept. Wie der „Temps“ mitteilt, wird in unterliegenden Preisen die diesjährige französische Getreibernte auf über 70 Millionen Zentner geschätzt. Die Ernte des Vorjahres betrug nach amtlichen Feststellungen 88 Millionen Zentner.

Deutschland.

Der Reichswirtschaftsminister zur Wirtschaftslage.

Berlin, 6. Sept. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft gab Reichswirtschaftsminister Schmidt einen Ueberblick über die jetzige wirtschaftliche Lage. Als größtes Unglück für unsere gegenwärtige Wirtschaftslage bezeichnete er den schlechten Stand der Mark. Daneben dürfe uns die Scheinblüte unserer Wirtschaft nicht über ihre Notlage hinwegtäuschen, die einmal auf der großen Passivität unserer Handelsbilanz und sodann auf der katastrophalen Kohlenlage beruhe. Vor allem besahe sich der Minister sodann mit der weiteren Erhöhung der Druckpapierpreise und den damit entstandenen neuen Gefahren für das Fortbestehen der Zeitungen.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft und die Ernährungsnot.

Berlin, 6. Sept. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft forderte der Abgeordnete Dismann (U.S.P.) rückichtslosen Kampf gegen Preßerei und Schlemmerei, gnadenlose Schließung aller hierzu verheißenden Gaststätten, Beizungsalen, Vikorstuben und Tanzdielen, Verbot der Branntweinherstellung und des Starbiers. — Ein von den Mehrheitssozialisten unterstützter unabhängiger Antrag, der davon ausgeht, daß die Notlage der Presse mit dem im Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922 beschlossenen Rückvergütungen nicht wirksam bekämpft werden könne, fordert die Festlegung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier, Zusammenschluß der Erzeuger zu einer Vereinigung zum Zwecke der Festlegung von Einheitspreisen und eines Preisausgleichs unter behördlicher Mitwirkung, erträgliche Zahlungs- und Kreditbedingungen für die Presse, Sicherstellung der zur Papierherzeugung notwendigen Rohstoffe, sowie des Druckpapiers. — Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei forderte u. a. wenigstens auf ein Vierteljahr Verbot aller Herstellung von Zuckergebäck und Nischereien, Zusatz von 10 Prozent Kartoffeln zum Brot, Verkauf von Weißbrot nur gegen Krankenkarten. — Reichsernährungsminister Dr. Fehr erklärte, im Hinblick auf die Getreideumfrage werde er sich bemühen, die sich allgemein an die Zwangswirtschaft knüpfenden Schäden möglichst zu beseitigen oder wenigstens zu mildern.

Die Reichsinduziffer.

Berlin, 6. Sept. Die Reichsinduziffer für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes für die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats August auf 7029 gegenüber 4990 im Monat Juli gestiegen. Die Steigerung beträgt 49 Prozent und übersteigt somit den Steigerungssatz von 32 Prozent vom Juni zum Juli noch erheblich. Die Reichsinduziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats August auf 9746. Sie ist gegenüber dem Vormonat mithin stärker als die Gesamtausgaben gestiegen. Fast sämtliche Lebensmittel, Kartoffeln und Gemüse ausgenommen, haben weiter stark im Preise angezogen. Auch Heiz- und Leuchtstoffe sind erheblich teurer geworden.

Teuerungsmassnahmen der Stadt Berlin.

Berlin, 6. Sept. Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, verhandelte der Magistrat heute erneut über Maßnahmen gegen die Teuerung und zur Hilfeleistung für den unbemittelten Teil der Bevölkerung. Bei der verzwiefelten finanziellen Notlage waren umfassende Maßnahmen für eine rechtzeitige Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen nicht zu finanzieren. Wenigstens für den ärmsten Teil der Bevölkerung sollen Erleichterungen geschaffen werden, u. a. einmalige Winterbeihilfen an die Empfänger von Armenunterstützung, Unterstüßungsbeihilfen und Brennstoffbeihilfen an Unbemittelte. Ferner soll die Volksspeisung auch während des Winterhalbjahres fortgeführt, die Armenspeisung durchgeführt, sowie die Milchverbilligung in der bisherigen Weise weitergeführt und die Zuschüsse für die privaten Krippen und Horte erhöht werden. Die Durchführung dieser Maßnahmen erfordert bei der Wohlfahrtspflege rund 120 Millionen, bei der Jugendfürsorge rund 80 Millionen Mark. Um die Durchführung zu ermöglichen, sollen die Werttarife so erhöht werden, daß 40 Prozent der obigen Beträge durch die Gaswerke und 60 Proz. durch die Elektrizitätswerke aufgebracht werden. Ferner soll unter anderem eine Verzehrsteuer (Schlemmersteuer) schleunigst eingeführt werden.

Protest des Berliner Gastwirts-gewerbes gegen die Bekämpfung der Schlemmerlokale.

Berlin, 7. Sept. Der Berliner Arbeitgeberverband im Gastwirts-gewerbe hat gestern abend in einer Versammlung, zu der sämtliche Berufsvereinigungen Groß-Berlins eingeladen waren, gegen die Regierungsvorordnung zur Bekämpfung des übermäßigen Luxus und der Schlemmerei protestiert. In der Entschiedenheit, die einstimmig angenommen wurde, droht der Verband, auch nicht vor den äußersten Konsequenzen zurückzuschrecken, sobald die restlose Schließung aller Gasthäuser und Hotels in den Bereich der Abwehrmaßregeln zu stellen ist.

Die Teuerungszuschläge.

Berlin, 5. Sept. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags stimmte heute dem Gesetzentwurf über die neuen Teuerungszuschläge zu, der das Resultat der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen am 4. September 1922 enthält. Da der Gesetzentwurf erst im Herbst dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden kann, war das Einverständnis des Ueberwachungsausschusses notwendig, um schon jetzt die Zahlungen an die Beamten usw. nach den neuen Sätzen vornehmen zu können. Die neuen Teuerungszuschläge betragen vom 1. September 1922 ab zu den Grundgehältern, den Diäten und Ortsszuschlägen, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 Mark nicht übersteigen, 492 Prozent, im übrigen 437 Prozent, zu den Rinn-

Derzuschlägen 437 %
ferner den von der
ordentlichen Postämtern
Zuschlägen und de
Reich eine Milliarde
bestimmen Art und
nahmen. Als Postäm
kraft: Maßnahmen
ber und Heizstoffe.
men sollen die Gen
der Versicherten ode
men wurde ferner
schließung, monach
soll, daß den Er
einmalige, den
früher zu gewöh
Antrag angenommen
in Aussicht genom
größter Beschleunig

Die Begrün

Berlin, 5. Sept.
rium beriet gestern
ds 27. Reichstags
postministers die
bühren, die am 1.
minister begründe
daß seit der letzten
tung der Mark u
ung aller Betriebe
mäßig hergestellt
ausrecht erhalten
Herdergerufenen W
30 Milliarden Ma
weit sich der Feh
sachlichen und per
der Verwaltung
Sparmaßnahmen
deres Mittel zur
als eine neue G
wirtschaftliches u
würden. — Der W
geplante Vereinf
forderte deren sch
die neuen Postge
für Briefsendunge
bedürfen der Zuf
Reichstagsauschu

Eine

Wie bringen
Lang-Caslo von
Stuttgart erschien
seine Gedankenwel
eine Schlußbetrach
vom 8. Juli:
Als Führer bi
selbst viel arbeitet
Brief an eine zu
Gott zu bereben
mich dann bekehr
tum in der Seele
keit aus und fleh
Arbeit an sich selb
Immer suchte

Von ro

Erzählung aus de
Die beiden S
welche zusamme
streng um den U
bleich und hilflos
knechen in Haft
einen Ring gef
zweite Stämme
Anschwellung gef
wenn sich eine
freundin, zweife
gehöre der Frau
Die Frau S
mit, Nachbarinn
Ring der Frau C
leidige und frag
fen die junge ble
sei, sollte sie sag
den Füßen. Sie
Seit wann di
bemerkte, forsch
der Strauß alles
einschließen woll
eine Waise zu
hatte sie eine W
klar. Keiner im
maßen der Form
sag sie, wie sie z
ging alles im G
Frauen, die gan
sie böse, verurte
hatte Fritz den
konnte er ihn ni

berzähligen 437 Prozen. Der Ueberwachungsaußschuß stimmte ferner den von der Reichsregierung bekannt gegebenen außerordentlichen Notstandsmaßnahmen für die Rentenempfänger der Invaliden- und der Angestelltenversicherung zu, wonach das Reich eine Milliarde Mark zur Verfügung stellt. Die Länder bestimmen Art und Umfang der außerordentlichen Notstandsmaßnahmen. Als Notstandsmaßnahmen kommen insbesondere in Betracht: Maßnahmen zur Beschaffung billiger Lebensmittel, Kleider und Heizstoffe. Bei der Ausführung der Notstandsmaßnahmen sollen die Gemeinden zunächst Personen aus den Kreisen der Versicherten oder der Rentenempfänger zuziehen. Angenommen wurde ferner eine von den Unabhängigen eingebrachte Entschließung, wonach die Reichsregierung sofort veranlaßt werden soll, daß den Empfängern von Notstandsunterstützungen eine einmalige, den Verhältnissen angemessene Geldunterstützung zu gewähren sei. Schließlich wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach die zu Gunsten der Klearentner in Aussicht genommene Summe von 500 Millionen Mark mit größter Beschleunigung ausgezahlt werden soll.

Die Begründung für die erneute Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 5. Sept. Der Verkehrsbeirat im Reichspostministerium beriet gestern und heute in Anwesenheit von Mitgliedern des 27. Reichstagsausschusses und unter dem Vorsitz des Reichspostministers die neuen Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren, die am 1. Oktober in Kraft treten sollen. Der Reichspostminister begründete einleitend die Gebührenerhöhungen damit, daß seit der letzten Erhöhung im Juli eine derartige Entwertung der Mark und infolgedessen eine so sprunghafte Verteuerung aller Betriebs- und Personalkosten eingetreten sei, daß das mühsam hergestellte Gleichgewicht im Posthaushalt nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. Die durch die Markentwertung hervorgerufenen Mehrausgaben für 1922 seien schon jetzt auf über 30 Milliarden Mark zu schätzen und es sei nicht abzusehen, wie weit sich der Fehlbetrag durch weitergehende Verteuerung der sachlichen und persönlichen Kosten erhöhen werde. Trotz aller von der Verwaltung bereits durchgeführten und weiter betriebenen Sparmaßnahmen und Vereinfachungsmaßnahmen gebe es kein anderes Mittel zur Herstellung des Gleichgewichts im Posthaushalt als eine neue Gebührenerhöhung, deren Nachteile für unser wirtschaftliches und kulturelles Leben durchaus nicht veranlaßt würden. — Der Verkehrsbeirat erkannte die von der Verwaltung geplante Vereinfachung und Vereinfachungsmaßnahmen an und forderte deren schnelle Durchführung. Als Ausgangspunkt für die neuen Postgebühren stimmte er einer verdoppelten Gebühr für Briefsendungen zu. Die Sätze sind noch nicht endgültig; sie bedürfen der Zustimmung des Reichsrats und des besonderen Reichstagsausschusses.

Michael Hahn.

Eine Persönlichkeit. 1758—1818.

Wie bringen nachstehend aus dem von Herrn Stadtschreiber Lang-Calw verfaßten, bei dem Verlag Strecker und Schröder, Stuttgart erschienenen Werk „Michael Hahn, Einführung in seine Gedankenwelt mit einer Auswahl aus seinen Werken“ noch eine Schlussbetrachtung zu der Besprechung in der Sonntagsbeilage vom 8. Juli:

Als Führer blieb Hahn stets ein Ringender, der an sich selbst viel arbeitete. So schrieb er im letzten Lebensjahr in einem Brief an eine zudringliche Besucherin: (Wenn alle, die etwas mit Gott zu werden haben, zu mir kommen wollten), „wie könnte ich mich dann befehlen!“ In reiner Keuschheit liegt das Gottesheiligtum in der Seele des Frommen. Hahn übte gar keine Werbetätigkeit aus und ließ sich nur ungern aus „dem eigenen Weinberg (der Arbeit an sich selbst) herauslocken“, um andere Seelen zu pflegen. Immer suchte er Klarheit über sich selbst. Dies ist wieder ein deut-

Von rotem Gold ein Ringelein.

Erzählung aus dem Haller Straußenkrieg. Von Hans Reyhing.

2. Fortsetzung.
3. Am Pranger.

Die beiden Stättmeister und drei Herren vom inneren Rat, welche zusammen die „Jürker“ oder „Geheimen“ bildeten, saßen streng um den Tisch der Ratsstube versammelt. Vor ihnen stand bleich und hilflos Maria, die in aller Frühe von den Stadtknechten in Haft genommen worden war. Sie sei gestern mit einem Ring gesehen worden, der ihr nicht eigne, begann der zweite Stättmeister, der heute den Vorsitz hatte, sie solle ohne Umschweife gestehen, woher sie ihn habe. Es sei schlimm genug, wenn sich eine Jungfer, die bislang für ehrbar gegolten, mit fremdem, zweifellos gestohlenem Schmuck ziere. Der Schmuck gehöre der Frau Stättmeisterin.

Die Frau Stättmeisterin wurde gerufen und einige andere mit Nachbarinnen und Verwandte. Alle bezeugten, daß es der Ring der Frau Stättmeisterin sei. Teils vernichtende, teils mitleidige und fragende Blicke in verwirrendem Durcheinander trafen die junge bleiche Angeklagte. Wie sie zu dem Ring gekommen sei, sollte sie sagen. Ihr war, sie sähe keinen Boden mehr unter den Füßen. Sie schwieg.

Seit wann die Frau Stättmeisterin das Fehlen des Ringens bemerke, forschte nun der Richter. Nach dem Aufhören, da der Strauß alles unfähig gemacht, habe sie ihren Schmuck besser einschließen wollen, und am Aufhören selber sei das Mädchen, eine Volksgast zu bestellen, bei ihnen im Haus gewesen, und man habe sie eine Weile allein im Zimmer lassen müssen. Alles lag klar. Keiner im Rat hatte einen Zweifel. Nur um gewissermaßen der Form zu genügen, fragte der Richter: „Nun Jungfer, sag sie, wie sie zu dem Ring gekommen ist!“ Mit dem Mädchen ging alles im Kreis herum, der Tisch, die Herren an ihm, die Frauen, die ganze Stube, und aus dem Wirbel heraus trafen sie höfliche, verzweifelnde Blicke und stachen wie Nadeln. — Woher hatte Fritz den Ring? Der Stättmeisterin gehörte er! Also konnte er ihn nur gefunden haben. Wenn — nein, irgend eine

schöne Zeltchen seiner Demut, daß er sein Ich ganz hineinstellen konnte in die Dinge.

Er suchte den Blick über die Dinge zu gewinnen. Mit seiner kindlichen Einfachheit und Demut will er sich entfalten und bilden. Doch mußte zuerst die Zucht, die er an sich selbst übte, vorausgegangen sein. Durch diese Zucht hatte er die Veretung (Konzentration) gefunden, auf die der sittliche Mensch nun alle Dinge beziehen kann. „Christus ist in der Seele des Menschen zu suchen. So muß demnach der Mensch immer einkehren und innebleiben, so er in Christo als in seiner Mutter bleiben will. Wir sprechen zu ihm, nicht allein zu Ihme aus uns heraus, da er überall allgegenwärtig ist, sondern auch zu Ihme hinein, da er im Allerwichtigsten nahe ist.“

Mit diesem Mittelpunkt in der Seele geht der Streiter in den Kampf um die Erkenntnis. „Ich war mit einer unverständigen und ungetriebenen Einfachheit nicht zufrieden, ich rang, bis ich zu einer geläuteten, wohlwissenden, verständigen Einfachheit kam in Christo.“ „Sie mögen Christen sein, aber mit diesen Gedankenlosen, die aus dem Glauben ein heiliges Schwelchnichtwas machen, komme ich in dieser Welt nicht überein und auch in der andern nicht sogleich.“ Die Seele muß sich, um die Geistesfreiheit zu erlangen, durchschneiden und durchdringen lassen, nicht mit einer einmaligen Buße, sondern in beständiger Vertiefung und Verfeinerung — das Leben des Christen eine fortwährende Buße, ein ununterbrochenes Wachen —, denn „die Anfechtungen vermehren sich mit der Zunahme der Geisteskräfte“. Der gähnende Fördernitzschlupf ist damit der genaue Gegensatz zu allem Gefühlschristentum, das die subjektive Empfindung des Friedens und der Freude pflegt. Er macht von vornherein ein Fragezeichen an alles Christentum, das nur jauchzen und danken kann und nichts mehr an sich zu klagen findet, weil er hier die Gefahr der Selbsttäuschung in der Nähe findet. Diese entlehnten Gaben kommen denen weit nicht bei, die man selber durch das Streben empfangen hat im Glauben, die darf man nicht wieder heimgenommen.“ Durch diese „Mannigfaltigkeit“ und Ueberbedingungenstehen erwuchs dem Meister ein gültiges Wesen, eine verständnisvolle Ueberlegenheit. „Da wurde ich mit allen Menschen zufrieden, ob sie auch nicht kämpften und litten wie ich.“ „Im sanften stillen Geist trage ich alles.“ Ein goldener Humor breitete sich als Abendrot über die Kämpfe und Leiden seines heißen Lebens aus. Er steht nun für uns da als ein großer, geklärter Mensch (Seite 29). Dies tritt besonders aus dem Lebensrückblick entgegen, den er schrieb, als er dem Ende zuging und zwischen Tod und Leben schwebte. Aus dieser Mannigfaltigkeit konnte er immer wieder in die Einheit kommen. Er besaß ja in sich einen Mittelpunkt, eine innere Linie, die auf Christus gerichtet war. In Christus fand er den Frieden („Der Herr hat mir alles Grauen des Todes genommen“).

Die selbstgefertigte Grabinschrift lautet:

Hier liegt sie, meine Wanderhütte,
Nun habe ich ein himmlisch Haus.
Nun bin ich fort aus irdischer Mitte,
Denn jetzt ist meine Wallfahrt aus.
Im Grabe kann ich nicht verderben,
Das Leben fand ich ja im Sterben,
Im Geiste werd ich auferstehn.
Ich werde meinem Jesu gleichen,
Von dem ich hier nicht wollte weichen,
Das sollet ihr dereinst sehn.

Kraft strömt aus der Seele eines jeden großen Menschen und zieht ihre Wirbel: Eine Gemeinde bildete sich um den Meister, ein Kreis solcher, deren innerer Entwicklung sich der gleiche Stempel aufdrückte und die von gleicher Nahrung lebten, die sich mit vollem Recht Brüder und Schwestern nennen konnten. Schlagwörter wie Okkultismus und Mystik tauchen auf, wenn wir Michael Hahn noch in seinem Heiligtum der Innerlichkeit und Versenkung betrachten wollen. Welcher große Mensch tauchte seinen Geist nicht unter und verlor die Dinge im Innern zu schauen, welcher schöpferische Mensch suchte nicht in das alldurchdringende und wirkende Leben

hineinzudringen? Es fällt uns der Wunsch des Gelehrten ein: „daß ich erkenne, was die Welt im Innersten zusammenhält.“ — In seiner „Zentralschau“ erkannte Hahn „den Ursprung und Anfang aller Kreatur, und — so schreibt er weiter — aus windenden und sich entwickelnden Schöpfungsstufen und Abstufungen aller Welten und Schöpfungsstufen“. Es dauerte einst eine Erleuchtung Hahns sieben Wochen, fast ununterbrochen. Was er in jenen sieben Wochen erlebte, schrieb er nieder, nächstelang, bis die Hand ihm starr wurde — und verbrannte das Geschriebene. Warum ist nicht bekannt. Uns fällt der Turmbau von Babel ein. Der wollte sich in den Himmel hineinbohren, damit jeder bequem dorthin gelangen könne. Das Bauwerk ward nicht vollendet. Jeder hat seinen eigenen Turm, jeder muß auch seinen eigenen Turm bauen — durch Zucht und Leiden — ins Heiligtum. Hahn konnte nur die Steine zutragen, die Leisten Geheimnisse muß jeder Einzelne selbst durchbohren durch — den Glauben. — c.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. September 1922.

Verleihung von Ehrenkränzen.

Von der Handwerkskammer Reutlingen sind für langjährige, ununterbrochene treue Dienstleistung bei Gipfelmesser Klingel, Calw, an folgende Personen Ehrenkränzen verliehen worden: Johann Götttscheim, Gipfer in Wiltberg, 21 Jahre; Paul Rath, Gipfer in Wiltberg, 20 Jahre; Friedrich Martini, Gipfer in Calw, 20 Jahre; Ferdinand Renz, Gipfer in Emmingen, 20 Jahre.

Zum Wiederbeginn

der landwirtschaftlichen Winterschule in Calw.

Zum dritten Male werden sich am 6. November die Pforten unserer landwirtschaftlichen Winterschule Calw öffnen, um jungen strebsamen Landwirten Gelegenheit zu geben, sich die zu praktischen Erfahrungen so notwendigen theoretische Kenntnisse zu erwerben. Ein ausgezeichnete Lehrkörper mit einem tüchtigen Vorstande ist bereit, die jungen Leute in allen notwendigen Fächern auszubilden. Wissen ist Macht! Das, was man im Kopf hat, kann keinem genommen werden. Deshalb veräume kein Landwirt, seinem Sohn, solange es seine petuniären Verhältnisse gestatten, den Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule zu ermöglichen. Lasse sich keiner durch die diesjährige Mißernte in Getreide und durch die Getreideumlage abhalten, seinen Pflichten den eigenen Kindern und dem Vaterlande gegenüber zu erfüllen. Wir müssen einen gebildeten, starken Bauernstand heranziehen, der die Fähigkeit hat, dem deutschen Boden das denkbar Möglichste abzurufen. Denn nur dadurch wird ein Wiederaufbau unseres Vaterlandes möglich sein und werden wir das Schlimmste verhüten, das Gespenst des Hungers von unseren Grenzen abzuhalten. Deshalb auf am 6. November in die landwirtschaftliche Winterschule, Calw. — r.

Segen die Getreideumlage.

(S. 2.) Eine vom Wirt-, Bauern- und Weingärtnerbund einberufene Versammlung in Lauffen sahte nach einem Referat von Th. Körner jr. folgende Entschliessung: „Die in Lauffen a. N. versammelten Weingärtner und Landwirte erklären für die Oberämter Brackenheim, Heilbronn und Weigheim, daß die Aufbringung der Getreideumlage für 1922, wie sie das Gesetz vorseht, eine Unmöglichkeit ist. Sie verlangen, daß Handel, Gewerbe und Industrie ebenfalls zu einer wirksamen Brotverbilligung herangezogen werden. Die versammelten Weingärtner und Landwirte wenden sich gegen die Beförderung der wohlhabenden und reichen Kreise mit Marktbrot und verlangen eine dem Umlagepreis entsprechende Herabsetzung des Brotpreises, aber auch gleichzeitige Ausgabe nur an wirklich Bedürftige und Minderbemittelte.“

Wetterbericht für Freitag und Samstag.

Der Hochdruck löst die Störungen über Süddeutschland restlos auf. Am Freitag und Samstag ist nach empfindlich kühler Nacht tagüber trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

Meinungen von Mund zu Mund. Die Maria! Wer hätte das gedacht! Gewiß, so sei es immer bei den Scheinheiligen, die Schlammfäden seien sie. Und nicht genug Staat habe sie machen können. So kamen die Anklagen und Verdächtigungen aus den lieblosen Herzen der lieben Mitmenschen, und die Geheimeiten hatten es schon lange gewußt, daß es bei der einmal ein schlimmes Ende nehmen werde, und wolkig ging es ihnen durch den Kopf, wie sie nachher der schandbaren Person die Wahrheit ins Gesicht sagen wollten, wenn sie am Pranger angeleitet sei. Da war jedes Schimpfwort erlaubt. Und allerhand unsaubere Elemente, die man sonst nie zu sehen bekam, waren auf einmal da, Lausbuben und Koflinge darunter, die sich königlich freuten, dem Mädchen faule Eier und Schmutz ins Gesicht werfen zu dürfen.

Maria ging unter den Glockenklingen der sieben alten Michaelskirche wie unter Totenglockenklang mit gesenktem Haupt und bleichem Gesicht. Schon standen sie am Brunnen, und eben wollte sie einer der Stadtknechte auf den Pranger hinaufführen, da gellte ein Schrei: „Halt, Hände weg!“ Und leuchtend raste Fritz den Berg herauf. Er war von der ergebnislosen Straußenjagd eben zurückgekommen. „Weg da!“ schrie er und warf die beiden Stadtknechte zur Seite. „Maria!“ Und er schloß seine Arme um das schluchzende Mädchen. Aber schon hatten ihn die anderen Stadtknechte gefaßt. Noch einmal warf er einen zur Seite, aber nach erbittertem Ringen wurde er gefesselt und dem Rathaus zugeführt, Maria mit. Die „Geheimen“ blühten erkaunt auf. Er habe den Ring gefunden bei einer Wallfahrt nach Rieden und deshalb als einen Glücksring angesehen und ihn seiner Braut geschenkt, jawohl, das Mädchen sei seine Braut, sprach der Jungling.

Nun lag die Sache anders. Maria wurde zur großen Enttäuschung aller Menschenfreunde, die um ihr Schauspiel gekommen waren, entlassen. Fritz aber wurde von den Stadtknechten in den Weiler Turm geführt, wo er in Gewahrsam genommen wurde und seines Urteils warten sollte.

(Schluß folgt.)

Württ. Volkstheater.

Am Dienstagabend wurde das köstliche Lustspiel von L'Arronge, „Dr. Klaus“, gegeben. Die Titelrolle spielte nicht, wie wir infolge ungenügender Unterrichtung vermuteten, Herr Brändle, sondern Direktor Mangold, der den polternden, aber menschenfreundlichen, hilfsbereiten und in seinem Beruf aufgebenden Arzt gut traf. Herr Brändle gab den Juwelier Griesinger mit gesundem Humor. Eine prächtige Figur stellte Herr Wagner als Kutscher Lubowsky auf die Bühne. Wie dieses alte Faktotum die Wissenschaft seines Herrn in „Theorie und Praxis“ verwerlet, das charakterisierte Herr Wagner mit einer Originalität, die auch den blasiertesten Zuschauer erschüttern mußte. Eine sehr hübsche Leistung bot auch Fräulein Watter als Tochter des Dr. Klaus mit ihrer natürlichen Kadenz im Spiel und ihrem jugendlich anmutigen Wesen. Ihr Partner H. Mangold stand ihr als Referendar Gerstel flott zur Seite. Das Stück wurde sowohl im Gesamtspiel wie in der Ausstattung gut durchgeführt, und es ist nur schade, daß nicht noch mehr Besucher der Wirkung des feinen, sohnigen Humors dieses vornehmen Lustspiels teilhaftig geworden sind.

Stammheim, 7. Sept. Richard Jordan aus Stuttgart wird am nächsten Sonntag zum ersten Mal auch in unserer Kirche eine seiner beliebtesten Meisterbilder-Andachten halten, deren Reinertrag zur Hälfte für die elektrische Beleuchtung unserer Kirche bestimmt ist. Am Samstag um 1/8 Uhr wird eine besondere Bilder-Andacht für die Schuljugend zu halten. Preise vorausgesehen. Musikalisch wird bei beiden Feiern Herr Oberlehrer Kömpf in freundlicher Weise mitwirken.

Gechingen, 5. Sept. Im Gegensatz zu den Nachbargemeinden, wo meist schon länger Turnvereine waren, wurden bisher in unserer Gemeinde keinerlei Leibesübungen gepflogen. Als aber nach dem Krieg der Sport seinen Siegeszug immer weiter auf das Land hinaus ausdehnte, machte sich auch in hiesiger Gemeinde das Bedürfnis nach sportlicher Betätigung geltend. So trat im Vorjahr die Spielvereinigung Gechingen an die Öffentlichkeit, indem sie auf einem von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Platz Fußballspiele. Der Verein beabsichtigt jedoch, auch leichtathletische und turnerische Übungen einzuführen, so daß er die erforderlichen Geräte beschaffen kann. Als Wiederholung der am 11. Juni betroffenen Feiern veranstaltete nun die Spielvereinigung am Sonntag den 3. ds. Mts. sportliche Wettkämpfe, bestehend in Sechsen-Fußballpokalspielen in zwei Klassen, sowie einer 1500 Meter-Staffette (800, 400, 200 und 100 Meter) und einem 300 Meter-Einzellauf. Bei der zahlreichen

Beteiligung gab es spannende Kämpfe mit sehr guten Leistungen, namentlich bei den Fußballspielen, wo eine Reihe spielstarker Gegner sich gemeldet hatte. Es beteiligten sich in der A-Klasse 7 Vereine, in der B-Klasse 10 Vereine. Als Sieger erhielt in der A-Klasse Sportverein Remmingen den 1. Preis, die F.V. des Turnvereins Calw den 2. Preis, Turnverein Mühlingen den 3. Preis; in der B-Klasse Sportverein Remmingen den 1. Preis, Sportverein Malmshelm den 2. Preis, Fußballverein Weilderstadt den 3. Preis. In der 1500 Meter-Staffette erhielt bei 5 Meldungen der Sportverein Malmshelm den 1. Preis, Turnverein Mühlingen den 2. Preis, im 300 Meter-Lauf erhielt unter 9 Teilnehmern den 1. Preis: Godeler, Sportverein Malmshelm, den 2. Preis: Köpp, Sportverein Ruffingen. Die Veranstaltung nahm einen durchaus geordneten Verlauf; möge sie dazu beitragen, auch in der Gemeinde weiteres Verständnis für den Zweck der Leibesübungen hervorzuheben und der Spielvereinigung die erforderliche Unterstützung und weiteres Vertrauen der ganzen Gemeinde zu bringen.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Sept. Die Straßenbahnen stehen vor der Notwendigkeit, ihre Tarife zu verdoppeln, so daß in Bälde mit 10 Mark Fahrpreis für die kürzeste Strecke zu rechnen sein wird. Der Gemeinderat wird sich mit einem Antrag der Straßenbahn zu befassen haben, nach dem der 10 M-Tarif eingeführt werden soll. Es soll jedoch der Versuch gemacht werden, mit einem Uebergangstarif von 8 M für die kürzeste Strecke auszukommen, solange das die Verhältnisse gestatten.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Sept. Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ wurde heute beschlagnahmt wegen eines Aufrufs der Tübinger Gewerkschaften gegen die am Sonntag geplante Regimentszusammenkunft. Der Aufruf geht vom Gewerkschaftskartell Tübingen aus und ist auch in der „Schwäbischen Tagwacht“ erschienen.

(S.C.B.) Ludwigsburg, 6. Sept. In einem der letzten Nächte wurde in dem Laden der Firma Gebr. Obernauer ein vorher schon schadhafte Schaufenster vollends eingedrückt und durch die Deffnung, vermutlich mit Stöcken, zwei Damenkleider im Wert von 3-4000 M von den Gestellen herabgeholt und entwendet.

(S.C.B.) Zell, 6. Sept. Da sich trotz wiederholter Aufforderung um die hiesige Obsthüterstelle niemand meldete, wurde ein Selbstschutz unter der Bürgerschaft aufgestellt, die abwechslungsweise die Hut übernehmen.

(S.C.B.) Ulm, 6. Sept. Die Flier brachte am Dienstag bedeutendes Hochwasser, das bis zu 2 Meter über normal reichte. Ursache hiervon waren die Regengüsse am Sonntag und Montag.

(S.C.B.) Bom Ries, 6. Sept. Der bei Eberheim im Mai verübte Raubmord ist beinahe völlig aufgeklärt. Die der ermordeten Frida König entwundene Uhr wurde von dem der Täterschaft verdächtigen

Anton Gerstel aus Oberdorf am Jpf an einen Uhrmacher in Wopfingen verkauft. Gerstel ist verhaftet, leugnet aber noch.

(S.C.B.) Ravensburg, 6. Sept. Vor der Strafkammer hat sich der frühere Militärkapellmeister Reußner vom Inf.-Regt. 127 und Fabrikant Heim in Herisau (Schweiz) wegen unerlaubter Ausfuhr zu verantworten. Reußner hatte bei seinem Umzug in die Schweiz auf Drängen des befreundeten Heim ein Alt-Würmer Herrenzimmer und verschiedene Luxus- und Haushaltungsgegenstände seinem Möbelwagen beigegeben. In Friedrichshafen wurde die Schiebung aufgedeckt und die verbotswidrigen Ausfuhrartikel beschlagnahmt. Die Strafkammer verurteilte Reußner zu 250 000, Heim zu 10 000 M Geldstrafe.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 1268 Mark, der Schweizer Franken 242,75 Mark.

Märkte.

(S.C.B.) Ludwigsburg, 6. Sept. (Schweinemarkt) Zufuhr 122 Milchschweine, verkauft 84 Milchschweine, Preis für ein solches 2500-4500 Mark.

(S.C.B.) Kottenburg, 6. Sept. Das Hopfengeschäft kommt langsam in Fluß. Letzter Tage wurden Preise bis 24 000 und 25 000 M pro Zentner erzielt.

(S.C.B.) Ehlingen, 6. Sept. Die Zufuhr war gegenüber sonstigen Jahren nicht besonders stark, der Verkehr war aber trotzdem sehr lebhaft. Je nach der Größe wurden 20-30 Mark für das Liter Gehalt bezahlt. Alles wurde verkauft. Gölten kosteten je nach der Größe 280-350 M, Feldzüber 4-5000 M, Waschzüber 800-1600 M.

(S.C.B.) Vom Bodensee, 6. Sept. Die diesjährige Obsternte am Bodensee ist als eine Rekorderte seit vielen Jahrzehnten zu bezeichnen. Der Absatz für alle Obstarten stößt gegenwärtig, besonders auch für Tafeläpfel, nicht zuletzt wegen der hohen Frachten. An Tafeläpfel wird vom Handel nur ganz erstklassige Ware abgenommen. Der heutige Herbst bringt namentlich auch Borarlberg einen gewaltigen Obstertrag. Es wäre sehr ersprießlich, wenn das Land in die Lage käme, mit dem Deutschen Reich einen Austausch seines Obstertrages, etwa gegen Kartoffeln, durchzuführen zu können.

Die billigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrlöfen in Betracht kommen. D. Schell.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimann, Calw. Druck und Verlag der W. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister wurde heute eingetragen:
A) Abt. für Gesellschaftsfirmen: Bei der Firma Ritterdrogerie Huthkeiner & Kistowski in Calw: Auf den Tod des Gesellschafters Huthkeiner hat sich die offene Handelsgesellschaft aufgelöst, das Geschäft ist auf den Gesellschafter Kistowski als Alleininhaber übergegangen.
B) Abt. für Einzelfirmen: Die Firma Ritterdrogerie D. E. Kistowski in Calw. Inhaber Oskar Ernst Kistowski, Drogist in Calw.
Den 6. September 1922. Obersekretär Dörr.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:
Rhenaniaphosphat, Kaliammonsalpeter, Schwefelsaures Ammoniak, Kainit, Viehsalz, Natronsalpeter, Senfsaat.
Geschäftsstelle: J. Knecht.

Unterzeichneter verkauft am Freitag, den 8. Septbr., nachmittags 2 Uhr, hinter seinem Hause am Marktplatz 67, Aufgang beim „Hirsch“ gegen Barzahlung:

- 1 polierte Kommode, 1 Schrank,
 - 1 eiserne und 1 hölzerne Bettlade,
 - 1 Ruhebett, 1 Eisschrank, verschiedene Tische, Bänke, 1 Staffelei, Bilder, Kleiderständer mit Vorhang, 1 Ledentisch, Flaschen, sowie verschiedene Gas- und andere Lampen.
- Liebhaber sind eingeladen. Stadtinventierer Kolb.

Melasse für Pferde u. Vieh empfiehlt Adolf Luz.
Hausbursche kräftiger, kann sofort eintreten. Alte Handlungsschule.

Schuhputz Nigrin
mit Garantieblatt enthält keine Ersatzstoffe sondern nur feinstes Terpentinöl.



Der Weg zum Reichtum geht durch die Druckerschwärze!
Darnum.

Forstamt Enzklösterle. Nadelstammholz-Verkauf im mündlichen Aufstreich. Am Donnerstag, den 14. September 1922 nachm. 3 Uhr unmittelbar nach Ankunft des Postautos von Wildbad her im „Waldhorn“ in Enzklösterle aus dem Staatswald: Forchen: Langh.: Fm.: 35 I., 136 II., 196 III., 94 IV., 48 V., 7 VI., Sägh.: Fm.: 12 I., 35 II., 8 III., Fichten u. Tannen: Langh.: Fm.: 63 I., 77 II., 86 III., 42 IV., 44 V., 13 VI., Sägh.: Fm.: 16 I., 29 II., 7 III. Klasse. Losverzeichnis von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Viehverkauf.
Von morgen Freitag, den 8. ds. Mts., vormittags 7 Uhr ab, steht in meiner Stallung in Wildberg ein Transport Rälbertühe, Milchtühe, hochträgliche Ralbinnen und schönes Jungvieh zum Verkauf, wozu Liebhaber einladet Hermann Hopfer.
Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland



Volkstheater. Freitag, den 8. Septbr. Kofegger-Abend.

Am Tage des Gerichts.
Volksstück in 4 Akten von P. Kofegger. Ernst u. heiter. Vorverkauf Zigarrengeschäft R. Ott, Fernsprech. 133.

Stammheim. — Ev. Kirche.
Sonntag, 10. Sept., abends 8 Uhr Richard Jordan's musikalische Meisterbilderandacht
Eintritt 10 Mk., od. 2 Eier (an Zahlungsstatt). Karten im Vorverkauf bei Frau Kaufmann Weiß
Samstag, 9. Sept., abends 1/8 9 Uhr Schüler-Feier
Eintritt für Schüler 5, Mk. oder 1 Ei, für Erwachsene 10 Mk. oder 2 Eier. Karten nur an der Kirche.

Zugelauten ist mir ein langhaartiger Stumper.
Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld innerhalb 8 Tagen bei Gulde, Ottenbronn.

Die bestellten Schriftchen
Johann Valentin Andrea Die Zerstörung Calw's im Dreißigjährig. Krieg am 10. September 1634 sind fertiggestellt, dieselben wollen auf unserer Geschäftsstelle abgeholt werden. Preis das Stück Mark 20.—

Nr. 209.
Gesetzungsbeilage: Württemberg Nr. 16 — Württ.



Neu
Die deutsch-belgische... doch länger hin... Man will eine Rege... herbeiführen, sodas... Siderungen zu leiste... auch Vertreter der de... Möglichkeit der Mitw... hön zu werden.

Die Bitterbunds... wie seither ihre... Man sieht aber auch... faden sich der Anst... Wälferschaftsplane... treck, der Bundesra... Gilt für das unter... Tote strangulierte... abhängigkeit, wobei... erjeht. Was geht es... land anschließen will... äber m ä h t i g e... Kluge zu verlieren... „neutralen“ Staaten

Die Arten sehen vor... gen genommen sein... er hat in Homburg... seinen Aufenthalt... fenständig erbeten... bieln.

Die Erschießung der... gelüft, daß ein betr... schaffen, und dann... schen.

Die württ. Regierung... frein Gewerkschaften... feier in Tübingen... daß die Veranstalter... tische Kundgebungen... Republik die Abhalt...

infolge der... standgelommene Bef... bezug auf die Barza... Stundung abzulehnen... u. warden den Forde... ten nun in Ber... Deutschland und Belg... terer Staat als Pfan... mittelten, ist auf be... tiven Ergebnis vorha... der Hoffnung Ausdruc... leicht ohne Zugriff... werde, deren Verring... lich abgelehnt hat... tionen der Presse in... nanzkreise, man spric... Schatzwechsel etwa... mit den deutsch-belgi... vertrag zwischen dem... schaftszugern „Hoch... schaftszugern fü... von Interesse. Der... nisse hinsichtlich der... Lieferung von Aufba... zugern. In deutsche... trag, dessen Richtlinie... gierungsstellen bespro... da man in seinem Zu... Politik der Erfüllung... Die von sozialdemokr... durch den Vertrag d... Wiederaufbauarbeiten... schen Wirtschaftskreis... tätigen, denn in den... deutscher Firmen an... zösischer Seite sind bi...